Politik

Autor(en): **Bourdieu, Pierre / Bou hedia, Salah / Christin, Rosine**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Werk, Bauen + Wohnen**

Band (Jahr): **86 (1999)**

Heft 3: **Neues Wohnen II : Individualisierung und Spezialisierung**

PDF erstellt am: **18.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-64570>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Politik

Das System der strukturellen Faktoren ist so geartet, dass sie Systeme von Vorlieben festlegen, die Orientierung der ökonomisch Handelnden in Richtung Eigentum oder Miete begünstigen und die Grenzen definieren, innerhalb deren sich diese Dispositionen ausleben können. Doch es versteht sich von selbst, dass die Verwirklichung in konkreten «Wahlen» zwischen diesen sozial determinierten Dispositionen stets von ökonomischen Mitteln abhängt, die den Handelnden angeboten werden und die, genauso wie der Stand des Angebotes an Wohnungen, sehr stark von der «Wohnungspolitik» bestimmt werden. Man darf nämlich nicht vergessen, dass die staatlichen Instanzen – und diejenigen, die in der Lage sind, über sie ihren Willen durchzusetzen – insbesondere über alle möglichen Formen der Reglementierung und der Finanzhilfe mit dem Ziel, diese oder jene Arten der Geschmacksverwirklichung in Sachen Wohnen zu begünstigen, Unterstützung von Privatpersonen, etwa durch Darlehen, Steuerbefreiungen, billige Kredite usw., oder von Herstellern, sehr stark dazu beitragen, *den Zustand des Wohnungsmarktes zu produzieren*, d.h. Angebot und Nachfrage von Bauland und neuen und alten Wohnungen, Einfamilien- und Mehrfamilienhäusern usw., und zugleich die Gestalt, die er je nach Region und Ballungsgebiet annimmt.

Daraus folgt, dass ein systematischer Vergleich der Verteilungsentwicklung unterschiedlicher Besetzungsmodi des Wohnens mit der Entwicklung der «Wohnungspolitik», wie sie sich auf der Erfahrungsebene der Handelnden praktisch darstellt, verdeutlichen dürfte, wie die eigentlich politischen Faktoren die finanziellen – und affektiven – Investitionen der unterschiedlichen sozialen Gruppen in Sachen Wohnung beeinflussen könnten. Es wäre nötig, diesen doppelten Prozess methodisch zu untersuchen, und zwar so-

wohl für die Eigentümer als auch für die Mieter: Diese beiden Bevölkerungsteile sind nämlich durch eine Logik kommunizierender Röhren verbunden, jede Massnahme, die das erreichbare Mietangebot verringern will, treibt einen Teil der möglichen Mieter in Richtung Eigentum, das je nach Bedeutung der persönlichen Hilfen und nach den Kosten der Kredite mehr oder weniger attraktiv ist.

Fest steht, dass die Politik, die durch das Gesetz von 1977¹ verordnet wurde, die Krönung einer ganzen Reihe von Handlungen war, die die «Wahlen» jener sozialen Schichten in Richtung Eigentum orientieren sollten, die bis dahin am wenigsten in der Lage gewesen waren, ihre Wohnbedürfnisse auf diese Weise zu befriedigen. Sie sollten diese darauf orientieren, aus dem Erwerb ihrer Wohnung eine Hauptform der Unterbringung wie der Geldanlage zu machen (und dies bedeutete im Sinne einiger seiner Erfinder, die das gemeinschaftliche und Mietwohnen mit Kollektivismus oder Sozialismus verbanden, die Ausrichtung auf eine dauerhafte Bindung an die bestehende Ordnung, also auf eine Form des Konservatismus). In gewissem Sinn war diese Politik, die darauf abzielte, den Herstellern von Häusern einen Markt zu eröffnen und dabei an ihren Besitz gekettete Eigentümer zu produzieren, auch erfolgreich. Aber die Kleinbürger, die sich nun als kleine Eigentümer kleiner Häuser in den Vororten wiederfanden, mussten in den meisten Fällen für diese Befriedigung ihrer Bedürfnisse einen solch hohen Preis zahlen, dass die liberale Politik ihren Verfechtern den politischen Nutzen, den sie sich von ihr versprochen hatten, wahrscheinlich nicht liefern konnte, auch wenn sie die Vollendung einer tief gehenden Änderung der gesellschaftlichen Ordnung begünstigt hat.

¹ Unter der Präsidentschaft von Giscard d'Estaing verabschiedetes radikalliberales Wohnungsbauförderungsgesetz, das den Schwerpunkt der Wohnungsbauförderung von objektbezogenen auf personenbezogene Beihilfen verlagerte und darauf abzielte, die Rolle des freien Marktes im ganzen Wohnungswesen zu stärken; Anm. d. Hrsg.